

Bundesarbeitskammer
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: WP-IN-2019/1209/DORI/ANBE Bei Rückfragen Dr. Rief
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Klappe 1455 Innsbruck, 13.03.2019

Betrifft: Länderbericht Österreich 2019 - Das Europäische Semester 2019:
Bewertung der Fortschritte bei den Strukturreformen, Vermeidung und Korrektur
makroökonomischer Ungleichgewichte und Ergebnisse der eingehenden
Überprüfungen gemäß Verordnung (EU) Nr. 1176/2011

Bezug: Ihr Schreiben vom 08.03.2019
zust. Referent: Norbert Templ

Sehr geehrter Herr Mag. Templ,
die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Europäische Kommission in ihrem Länderbericht für Österreich zum Teil von ihren bisherigen neoliberalen Handlungsempfehlungen abweicht und auch Positionen vertritt, die langjährigen Forderungen der Kammer entsprechen.

Beispielsweise sei hervorgehoben, dass auch die AK Tirol seit Jahren besorgt die Preisentwicklungen am Wohnungsmarkt beobachtet und hier ein Eingreifen der Politik fordert, was nunmehr in der Tiroler Landespolitik erste Reaktionen zeitigt. Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sich diese starke Preisentwicklung bei Wohnimmobilien nicht nur in Wien, sondern auch in Innsbruck und anderen Regionen Tirols zeigt. So sind beispielsweise Kosten für gebrauchte Eigentumswohnungen in Innsbruck-Stadt in den letzten 5 Jahren um 46,4% angestiegen (Immobilienpreisspiegel der Wirtschaftskammer Österreich). Hier ist nicht nur die Landesregierung, sondern auch die Bundesregierung gefordert, entsprechende Maßnahmen zu setzen, da zu hohe Wohnungskosten auf lange Frist gesehen unweigerlich Auswirkungen auf den privaten Konsum nach sich ziehen, wenngleich dies die Kommission derzeit noch nicht feststellen konnte. Dies mag wohl an den lokalen Unterschieden in den Wohnungspreisen liegen, auf die im Länderbericht nicht näher eingegangen wurde.

Positiv hat die AK Tirol zur Kenntnis genommen, dass nunmehr auch die Europäische Kommission die Schwächung der Sozialpartnerschaft durch die neue österreichische Bundesregierung kritisch sieht und feststellt, dass das etablierte System des sozialen Dialogs und die Einbeziehung der Sozialpartner in den Entscheidungsprozess auf die Probe gestellt werden, und durch die ergriffenen Maßnahmen der Regierung die Fähigkeit der Sozialpartner, zur einer ausgewogenen sozioökonomisch Entwicklung beizutragen, verringert wird.

Leider kann sich die Kommission trotz sonstiger positiver Ansätze nicht von ihrem Dogma im Hinblick auf das Pensionsantrittsalter lösen, weshalb die Anhebung bzw. die automatische Anpassung des Pensionsantrittsalters im Hinblick auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen noch immer eine wesentliche Rolle im Länderbereich spielt.

Zu jenen Punkten, die sich bereits im Länderbericht für das Jahr 2018 fanden, dürfen wir auf unsere damalige Stellungnahme verweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



(Erwin Zangerl)

Der Direktor:



(Mag. Gerhard Pirchner)